

# Rheinsberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

**Bezugs-Preis**  
in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich  
Carl F. Hurmann



Druck und Verlag  
E. Hurmanns Buchdruckerei  
Rheinsberg

**Anzeigen**  
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 5 gehaltene Zeile für den ersten Tag und 10 Pfennig für die folgenden Tage berechnet. Für die 11. und 12. Zeile wird ein Zuschlag von 10 Pfennig erhoben.

Nr. 139

Fernsprecher

Dienstag, den 30. November 1926.

Nummer 37

32. Jahrgang

— Berlin, den 29. November 1926.

## Chronik des Tages.

— Reichsaussenminister Dr. Stresemann gab im Auswärtigen Amt eine ausführliche Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen.  
— Nach eingehender Ansprache hat das Reichsstatistikamt das Arbeitsverhältnis gebilligt und die Vorlage an den Reichswirtschaftsrat weitergeleitet.  
— Die Post der Hauptunterstützungspflanzger in der Erwerblosenfürsorge ist in der ersten Novemberhälfte um 6000 auf 1314 000 gestiegen.  
— Ministerin ist auf seiner Europareise in Stettin eingetroffen.  
— Der englische Bergarbeiterstreik ist in seiner Gesamtheit beendet. Es spielen sich nur noch örtliche Kämpfe ab.  
— Der Danziger Volkstag hat das Ermächtigungsgesetz für die bürgerliche Regierung in dritter Lesung endgültig angenommen.

## Die Investition.

Die letzten Aeußerungen der Pariser Presse über den Fortgang der deutsch-französischen Verhandlungen lauteten recht ungnädig. Briand soll mit der Rede Dr. Stresemanns nicht einverstanden gewesen sein und dem deutschen Votivpartner gegenüber betont haben, daß die deutsche Auffassung in der Frage der Militärkontrolle und der Investition unannehmbar sei. Demgegenüber wird jetzt von unrichtiger Berliner Seite erklärt, daß diese Meldungen nicht den Tatsachen entsprechen, die beiderseitigen Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen und einen baldigen Erfolg reichlich Aussicht erwarten lassen.

Den Gegenstand dieser Verhandlungen bildete die Aufhebung der internationalen Militärkontrolle und die Ausgestaltung der Völkerbündnis-Kontrolle. An sich haben beide Fragen nichts miteinander zu tun. Die jetzige Kontrollkommission muß ihre Arbeiten einstellen, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind, w. a. wenn Deutschland den ihm auferlegten Kontrollpflichten bestmöglich nachgekommen ist. Das ist der Fall. Weist nur die Frage der Kontrolle durch den Völkerbund, über die in Genf hauptsächlich verhandelt werden wird.

Das Recht des Völkerbundes zur Kontrolle der deutschen Abrüstung ist im Versailler Friedensvertrag begründet, und zwar durch den Artikel 213. Dieser Artikel, einer der kürzesten des ganzen Vertrages, enthält jedoch nur eine dürftige Nachbestimmung und lautet: „Solange der gegenwärtige Vertrag in Kraft bleibt, verpflichtet sich Deutschland, jede Unternehmung zu hindern, die der Rat des Völkerbundes mit Überheitsbefugnis für notwendig erachtet.“

Ueber die Art der Unternehmung hat der Völkerbundsrat bereits vor Jahren beraten und ihre Begründung am 27. September 1924 in dem sogenannten „Investitionsprinzip“ niedergelegt und nach einem zweiten Ratbeschluss vom 14. März 1925 ergänzt und erweitert. Das Investitionsprinzip, das im Gegensatz zu französischen Forderungen von Deutschland niemals anerkannt worden ist, schließt für Deutschland eine automatische funktionierende Völkerbündnis-Kontrolle. Nach den bisherigen Beschlüssen wird die Kommission einen französischen General als Vorsitzenden haben, ständig in Genf tagen und sich dort dauernd zu unangemeldeten Untersuchungen der deutschen Unternehmung bereit halten. Zum Inkrafttreten der Unternehmung ist ein diesbezüglicher Antrag notwendig, zu dem jede Völkerbündnis-Macht berechtigt ist. Bisher ist solcher Antrag noch nicht eingeleitet worden. Die Untersuchung der Unternehmung ist dem Rat des Völkerbundes, zu dem jetzt auch Deutschland gehört, bestimmt das Untersuchungsprogramm, die Sachverständigen und die Zusammenkunft der Kommission. Gegenüber dem Rat die Vorarbeiten der Untersuchungsarbeiten, die ihm verantwortlich sind und von ihm ihre Funktionen empfangen. Für das Rheinland ist nach dem Abzug der Besatzungstruppen eine Dauerkontrolle eingerichtet worden, die ständig im Rheinland ihren Sitz hat.

Dieses Schema wird von Deutschland abgelehnt, da es von einem auf die Niederhaltung Deutschlands gerichteten Geist diktiert ist und mit dem Artikel 213 des Versailler Vertrages im Widerspruch steht. Frankreich ist es niemals gelinde geworden, immer wieder die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des Friedensvertrages zu betonen. Nun, wenn der Vertrag unabänderlich ist, dann kann man auch keine Änderungen annehmen. Nun, von einer Gleichberechtigung

kann keine Rede sein, wenn das Investitionsprotokoll Wirklichkeit wird. Die Bindungen des Völkerbundes kennen keine automatische funktionierende Kontrolle. Was als allgemeines Bestimmung für alle Mächte gedacht war, ist durch den launischen Schritt der Abrüstungsverhandlungen zu einem abgemessenen Instrumentum gegen eine einzelne Macht geworden. Das Investitionsprotokoll ist durch die politische Entwicklung der letzten Monate überholt. Es schafft den sinnlosen Zustand, daß eine einzige Macht durch andere Mächte dauernd kontrolliert wird und kein Gebiet jederzeit Untersuchungen ins Auge hinein offen steht. Deutlicher kann die Sinnlosigkeit des Investitionsprotokolls von 1924 nicht illustriert werden. Es ist ein Wahrzeichen eines unvollständigen Friedens und einer überlebten Epoche. Verhandlungen über eine den neuen Verhältnissen angepaßte Neuordnung sind also notwendig.

## Eine Hezrede Millerands.

Gegen die Freigabe des Rheinlandes. Millerand, der frühere Präsident der französischen Republik, hat auf der Generalversammlung der nationalrepublikanischen Liga eine Rede gehalten, in der er sich mit größter Entschiedenheit gegen die Zurückziehung der Besatzungstruppen am Rhein wendet.

Man spreche, so führte Millerand aus, von einer Freigabe des Rheinlandes. Er hoffe, daß man nur in den Zeitungen davon spreche. Man habe das Rheinland ohne Zweifel besetzt, um die Erfüllung der Reparationen zu garantieren. Aber nach dem Versailler Vertrag hätten die Militärs auch nach der Freigabe des Rheinlandes vorzuziehen sein und nach der Freigabe, für den Fall, daß sich Deutschland Verletzungen zu schulden kommen lasse. Einzelne Teile der Besatzungstruppen vorzuziehen, um die Erfüllung der Reparationen zu garantieren. Er hoffe, daß man nur in den Zeitungen davon spreche. Man habe das Rheinland ohne Zweifel besetzt, um die Erfüllung der Reparationen zu garantieren. Aber nach dem Versailler Vertrag hätten die Militärs auch nach der Freigabe des Rheinlandes vorzuziehen sein und nach der Freigabe, für den Fall, daß sich Deutschland Verletzungen zu schulden kommen lasse. Einzelne Teile der Besatzungstruppen vorzuziehen, um die Erfüllung der Reparationen zu garantieren.

Man braucht diese Neuordnung eines Hauptbüros des nationalrepublikanischen Frankreichs zwar nicht anzunehmen, aber man überlegen sollte, daß auch das gemäßigtere Frankreich besetzt ist, für die unhaltbar gewordene Besatzung

einen mächtigsten hohen Preis heimzuführen. Schreibt doch die im allgemeinen ruhig urteilende „Globe“ von Millerand, Stresemann sei interessiert an dem Tempo der Räumung, Frankreich an dem Preise. Das Rheinland ist jetzt die einzige Hypothek, die Frankreich auf dem Eigentum seines Schuldners besitze. Man wolle diese Hypothek freigeben. Aber nur gegen eine Bürgschaft von gleichem Werte. Alles in allem tritt in der Pariser Presse eine große Unklarheit über die Bedeutung der Besatzung hervor. Die Rheinlandbesatzung stellt eine Garantie für die Erfüllung der gesamten deutschen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag dar. Inzwischen hat Frankreich aber neue und härtere Garantien erhalten: Wahrung der völligen Entschleunigung Deutschlands und Garantie der Reparationszahlungen durch den Zwangsplan. Wird dieser Zustand nicht anerkannt und die Besatzung aufrechterhalten, kann das nur als eine Weisung zur imperialistischen Politik gedeutet werden.

## Ein französischer Versuchsbomben.

Stresemanns angebliche Minderheitsabstimmung. Der Berliner Berichterstatter des „Matin“ will erfahren haben, daß man in den Kreisen der deutschen Regierung über den Verlauf der Pariser Militärkonferenzverhandlungen benachrichtigt ist und Dr. Stresemann sich mit dem Bekannten trägt, zurückzuführen, wenn die Verhandlungen nicht in kürzester Zeit erfolgreich abgeschlossen werden. In Berlin wird die Nachricht nicht man in diesen Alarmnachrichten einen Versuch zur Unternehmung des deutschen Standpunkts. Von einer Unternehmung über die Pariser Verhandlungen bei denen es sich nur um die Festsetzung der Entwaffnungsfragen handelt, ist in Berlin nichts bekannt. Die zweifellos schwierigen Beratungen über die Investitionsfrage können erst dann aufgenommen werden, wenn die von der deutschen Regierung in ihrer Note vom 12. Januar 1926 gemachten grundsätzlichen Vorbehalte vom Völkerbund anerkannt sind.

Außerdem hat Dr. Stresemann im Auswärtigen Amt noch persönlich erklärt, daß die Meldung der französischen Presse, Briand habe dem deutschen Votivpartner nicht verheimlicht, daß er keine der Forderungen der Reichstagsrede des deutschen Außenministers annehmen könne, nach seinen Informationen erfinden sei. Eine derartige Neuordnung des französischen Außenministers gegenüber dem deutschen Votivpartner sei nicht erfolgt.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 29. November 1926.

— Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags behandelte in seiner letzten Sitzung die polnische Frage. An den Beratungen nahm auch Reichsaussenminister Dr. Stresemann teil.

— Für die künftige Wirtschaftskommission des Völkerbundes hat Staatssekretär Brandenburg und Dr. Meißner vom Reichsaussenamt in Aussicht genommen.

— Der frühere deutsche Kronprinz hat sich zu einer Besprechung von Familienangelegenheiten nach Doorn begeben.

— Der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, ist in Berlin eingetroffen, wo er sich zwei Tage aufhalten und dann nach Genf abreisen wird.

— Der Reichsparteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei hielt in Reichstag eine Sitzung ab, in der das Agrarprogramm der Partei beraten wurde.

— General Ludendorff ist in einer Minderheitsmeinung wegen zunehmender Atembeschwerden operiert worden. Es handelt sich um die Entfernung eines hinter dem Brustbein gelegenen Kropfes. Der General hat die Operation gut überstanden und wird wahrscheinlich vollständig wiederhergestellt werden.

— Die Wirtschaftsbefugnisse für die Beamten. Der Reichsfinanzminister hat mit den Vertretern der Spitzenverbände der Beamten und der Verwaltungskongresse eine Unterredung, in der er eine Erhöhung der laufenden Bezüge ablehnte, aber zusagte, mit den Ländern und den Reichstagsparteien in Besprechungen darüber einzutreten, wie etwa durch eine einmalige Maßnahme die Notlage der Beamten gemildert werden könnte. Die Verhandlungen sollen noch vor Weihnachten zum Abschluß gebracht werden.

— Die Marinematerialien im Jahre 1918. Der Untersuchungsansatz über den Zusammenbruch vernahm als letzten Sachverständigen in der Angelegenheit der Flottenmaterialien den Vizeadmiral von Froberg. Dieser erklärte, das Seeoffizierskorps sei zu dem Untergang und dem Zusammenbruch nicht schuld. Unschuldig sei ein großer Teil der Offiziere und Mannschaften gewesen, das sich nach im Frühjahr 1918 in dem hervorragenden funktionieren der Flotte und tadellosem Zusammenwirken ihrer Teile gelegentlich eines Vorstoßes bewährte. Gelitten habe der Geist der Flotte hauptsächlich unter den Feinden, die die Politik ihr auferlegte. Bestimmte Flotten wollte die Flotte bis zum Friedensschluß erhalten und fürchtete, durch eine Seeschlacht die Friedensvermittlung durch England zu verlieren. Nach einer erregten Debatte wurde beschlossen, weitere Sachverständige nicht mehr zu vernehmen. Die bisherigen Ergebnisse sollen abschließend zusammengefaßt werden.

## Rundschau im Auslande.

— In einer im Oberhaus gehaltenen Rede erklärte der englische Ministerpräsident, der Krieg habe gezeigt, daß England zu Europa gehöre und mit ihr verbunden sei.

— Die Unterbringung der russischen Oppositionsführer in Staatsämter ist nunmehr gelungen. Sowjet, für den man lange nach einer neuen Verwendung suchte, ist zum Präsidentschaftlichen der Staatskommission für Landwirtschaft ernannt worden.

— Die Lage im nordafrikanischen Libanon ist noch immer unklar. Vor Entartung errichten die Regierungstruppen eine Verteidigungslinie.

## Norwegen und das Alkoholverbot.

— Nach der gegen das Alkoholverbot ausgefallenen Volksabstimmung in Norwegen wurde ein Ausbruch eingeleitet, der der neuen Lage angepaßte Vorläufe ausarbeiten sollte. Der Ausbruch hat seine Arbeiten beendet. Er fordert aber keine Aufhebung des Alkoholverbotes, sondern nur, einen mäßigen Alkoholverbrauch keine zu großen Hindernisse in den Weg zu legen. Für Personen über 21 Jahre sollen künftig Kantonsweise für alkoholische Getränke auf Antrag ausgestellt werden. Personen, die sich gegen die Alkoholgeheimgebung verweigern oder sonst ungebührlich geizig haben, können keine Ausweise erhalten. In der Frage der Stellung von Schankkonzessionen sollen die Gemeinden entscheidenden Einfluss haben.

## Ein neuer Kohlenstreik in Sicht.

— Die bevorstehende Wiederannahme der Arbeit in den englischen Bergwerken droht den durch den langen Streik unterbrochenen Kampf um die Arbeitsmärkte neu zu beleben. Die von der deutschen Kohlenindustrie angeregte Verhandlung über Preis, Arbeitszeit und Förderung zur gemeinsamen Verwertung des Marktes wird von England abgelehnt. Die englischen Bergwerksbesitzer sind entschlossen, die in dem Streik verlorenen Märkte im neuen Jahr zu wiedererlangen und stehen sich dazu bereit, das den Bergarbeitern unterlegte Defizit für ausgleichend gerichtet. — Die Delegiertenversammlung der Bergarbeiter hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den einzelnen Bezirken obliegen freie Hand zu lassen. Damit ist der Streik in seiner Gesamtheit zu Ende, wenn in einzelnen Bezirken auch noch wochenlang gekämpft werden dürfte.